

ABHANDLUNGEN

Mobilisierung durch das Internet? Ergebnisse einer empirischen Längsschnittuntersuchung zum Einfluss des Internets auf die politische Kommunikation der Bürger

Martin Emmer / Gerhard Vowe

Ausgangspunkt ist die Frage, welche Auswirkungen das Internet auf die individuelle politische Kommunikation der Bürger hat. Das Spektrum der Vermutungen reicht von einer generellen Aktivierung durch das Internet („Mobilisierung“) über eine Vergrößerung der Unterschiede in der politischen Kommunikation („Spaltung“) bis zu einer Verstärkung der generellen Abwendung von der Politik („Abkehr“). Die Frage soll auf Grundlage einer repräsentativen Befragung in einem Paneldesign beantwortet werden. Es zeigt sich, dass diejenigen, die neu ins Internet gehen, die herkömmlichen Formen politischer Kommunikation nicht weniger als vorher nutzen, sondern das Internet komplementär für politische Zwecke einsetzen. Dabei werden insbesondere die internetgestützten Möglichkeiten interpersonaler Kommunikation wahrgenommen (E-Mail, Chat). Es kann varianzanalytisch nachgewiesen werden, dass diese Veränderung in einem signifikanten Maße auf den Internetzugang zurückgeführt werden kann. Als Ursache für diese Verschiebungen ist zu vermuten: Das Internet hat die Kosten-Nutzen-Relationen für einige Formen politischer Kommunikation drastisch verschoben.

1. Fragestellung und Hintergrund¹

Verändert das Internet die politische Kommunikation? Wenn jemand Zugang zum Internet bekommt – verändert sich dann bei ihm nicht nur die Art und Weise, wie er Reisen bucht oder Bücher kauft, sondern auch, wie er politisch kommuniziert, also wie er sich politisch informiert, über Politik mit anderen redet, seine politische Meinung öffentlich zeigt, sich politisch engagiert?

Diese Fragen sind so alt wie das Internet. Von Anfang an war das Internet aufgeladen mit Verheißungen auch politischer Art: Ein amerikanischer Vizepräsident sah ein

¹ Die Autoren danken Winfried Schulz, Jens Wolling, Christoph Kuhlmann und Nicola Döring sowie der Redaktion der PVS und drei anonymen Gutachtern für die hilfreichen und anregenden Hinweise.

neues athenisches Zeitalter aufsteigen – „geschmiedet auf den Foren des Internet“ (Gore 1994). Und der Wahlkampfberater von Bill Clinton wählte die USA auf dem Wege von James Madison zu Thomas Jefferson, von der repräsentativen zur direkten Demokratie – mit dem Internet als Katalysator (Morris 1999: VIII). Dies sind keine vereinzelt politischen Stimmen. Ein Großteil der frühen einschlägigen Literatur ist getragen von der Hoffnung, das Internet erweitere und erneuere die politische Beteiligung (vgl. z.B. Grossman 1995; Rheingold 1994; Schwartz 1996). Es wurde zur „kommunikativen Infrastruktur der globalen Zivilgesellschaft“ stilisiert oder zumindest die Frage gestellt, ob das Internet grenzüberschreitend neue Politiknetzwerke schaffen könne (Leggewie 2000: 161).

Im Gegenzug waren immer auch düstere Stimmen zu hören: So prognostizierte Paul Virilio 1993, die „interaktive Teleaktion“ komme einer „irdischen Katastrophe der Öffentlichkeit der Civitas“ gleich. Er sah am Horizont ein „totalitäres Regime“ der globalen „Telekommunikationsmedien“ aufsteigen. Andere erwarteten eher eine „Fragmentierung“ der Gesellschaft oder eine „Chaotisierung politischer Kommunikation“ (vgl. z.B. Barnett 1997; Holtz-Bacha 1998; Schulz 1997b).

Und schließlich gab und gibt es – insbesondere in jüngerer Zeit – in Abgrenzung zu Euphorikern und Apokalyptikern Stimmen, die das Veränderungspotenzial eher gering einschätzten (vgl. z.B. Bimber 2000; Jarren 1998).

Mittlerweile sind nicht nur in ökonomischer Hinsicht einige Seifenblasen geplatzt. Kosten und Nutzen des Internets können nun nüchtern kalkuliert werden – auch mit Blick auf die politischen Wirkungen. Wie belastbar sind also die positiven und die negativen politischen Zuschreibungen, mit denen das Internet aufgeladen wurde?

Wir wollen diese Zuschreibungen und Vermutungen empirisch prüfen, und zwar auf der *Mikroebene* politischer Kommunikation. Das bedeutet: Die Behauptungen, das Internet verändere in dieser oder jener Richtung die politische Kommunikation, werden von uns im Hinblick auf die Aktivitäten der *einzelnen Bürger* geprüft. Nicht geprüft wird, ob dem Internet auf der *Mesoebene*, also auf der Ebene der *politischen Organisationen*, eine verändernde Funktion zukommt; so wird z.B. gemutmaßt, dass kleine Organisationen durch das Internet in die Lage versetzt werden, stärker an politischen Auseinandersetzungen teilzuhaben oder dass sich andere Organisationsformen herausbilden (vgl. z.B. zu „virtueller Partei“ u.a. Leggewie 2001; Machnig 2001; Marschall 1998). Und es wird auch nicht um die Veränderungen gehen, die dem Internet auf der *Makroebene* zugeschrieben werden, d.h. im Hinblick auf die Verschiebung von Gewichten in politischen Systemen oder auf die Nutzung des Internets durch Staaten (vgl. z.B. Falter 2002; Karmack/Nye Jr. 1999).²

Unser Forschungsansatz ist bislang in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung um „Elektronische Demokratie“ nicht vertreten (vgl. den Überblick bei Zittel 2001). Der Großteil der einschlägigen politikwissenschaftlichen Forschung fragt nach den Folgen des kommunikationstechnischen Wandels für das politische System und für politische Organisationen. Falls in den Arbeiten auf der Mikroebene empirisch argumentiert wird, so geschieht dies final: Es wird gefragt, ob durch einen Einsatz elektronischer

² Letztlich sind Veränderungen auf den anderen Ebenen davon abhängig, in welchem Maße sich auf der Mikroebene etwas verändert. Erst wenn sich ein nennenswerter Anteil der Bürger das Internet aneignet, gehen z.B. Parteien dazu über, entsprechende Angebote zu entwickeln.

Medien politische Ziele, wie z.B. eine Stärkung direkter Demokratie, erreicht werden können.³

Unsere Entscheidung für die Mikroebene ist forschungsstrategisch begründet, da auf diese Weise die Wirkungsvermutungen mit dem Instrumentarium der empirischen Sozialforschung geprüft werden können. Dies wird aber nicht mit einer Trivialisierung erkaufte: Es ist keineswegs trivial, wenn festgestellt werden kann, ob und falls ja, in welchem Ausmaß, bei welchen Gruppen und Aktivitäten, unter welchen Bedingungen und in welchem Zeitraum eine Erweiterung des Repertoires an Kommunikationsmöglichkeiten zu Veränderungen des politischen Handelns führt.

Auf dem Prüfstand steht damit vor allem die *Mobilisierungshypothese*: Ihr zufolge ist zu erwarten, dass die Bürger mit Internetanschluss sich häufiger und intensiver an politischen Prozessen beteiligen als die ohne diese Möglichkeit, und dass über das Internet Teile der Bürgerschaft in die politische Willensbildung einbezogen werden, die über andere Kanäle nicht (mehr) erreichbar sind. Das Internet führe damit zu einer verstärkten Inklusion von Bürgern in das politische System.

Die Annahme einer medieninduzierten Verstärkung politischer Aktivität hat Tradition: Bereits in der Wahlstudie von Lazarsfeld (1944: 73) wird gezeigt, dass und wie die Medien in der Wahlkampagne für eine Aktivierung der Bevölkerung sorgen. Bei Noelle-Neumann (1974: 190; 1979: 177) bewirkt das Fernsehen eine Einbeziehung bislang nicht erreichter Schichten in die politische Kommunikation, indiziert durch einen frappanten Anstieg des politischen Interesses in den 1950er und 60er Jahren, der mit der Durchsetzung des Fernsehens korreliert. Auch diejenigen, die sich vorher nicht viel um Politik scherten, werden über die alltägliche Fernsehnutzung stärker in die politischen Auseinandersetzungen einbezogen – z.B. durch eine eher zufällige Nachrichtenrezeption und anschließende interpersonale Kommunikation. Schulz (1997: 172–175; Schulz 2001) zeigt u.a., dass die Medien in dem Maße an Bedeutung für die Mobilisierung in Wahlkampagnen gewinnen, in dem sich Parteibindungen abschwächen.

Statt einer Mobilisierung ist aber auch die entgegengesetzte Wirkung des Internets denkbar: Die Internetnutzung könnte zu größerer Distanz zum politischen System führen, zu Ignoranz (Unwissen über politische Zusammenhänge), zu Misstrauen (Politikverdrossenheit) und/oder zur „Abkehr“, d.h. zu einer Abnahme politischer Aktivität.⁴ Insgesamt – so diese Vermutung – führt das Internet dazu, dass sich die Bürger von der Politik entfernen, sich weniger als Teil des politischen Systems begreifen. Infolge der Internetnutzung verringere sich demnach die politische Aktivität – wodurch auch immer dieser Zusammenhang bedingt sein mag.⁵ Nach dieser Hypothese müssten die-

3 Siehe z.B. den Bericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags zur „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ (Deutscher Bundestag 1998). Der Prototyp dieser präskriptiv ausgerichteten Forschung ist das evaluierte Pilotprojekt, z.B. das elektronische Informationsangebot von politischen Repräsentanten (vgl. Zittel 2001: 440–441).

4 Die Bezeichnung „Abkehr“ wird von Holtz-Bacha (1990: 58) für einen „Rückgang der politischen Aktivität“ infolge von Medienzuhaltung gebraucht. „Entfremdung“ wird durch Einstellungsvariablen definiert, während wir auf Verhaltensvariablen zielen.

5 So könnte die Möglichkeit, über das Internet auch für die exklusivsten Bedürfnislagen Kommunikationspartner zu finden, das Interesse für allgemeine Belange weiter in den Hintergrund treten lassen – eine Fragmentierung der Gesellschaft in unzählige, miteinander nur noch schwach verknüpfte Interessengruppen wäre die Folge („Balkanisierung“, vgl. Wilhelm 2000).

jenigen, die das Internet nutzen, weniger demonstrieren, sich seltener an Wahlen beteiligen usw. und dies nicht durch politische Online-Aktivitäten ausgleichen.

Die Sorge vor wachsender Exklusion hat ebenso wie die Mobilisierungsthese eine lange Tradition: Bei jeder Medieninnovation wurde befürchtet, sie würde herkömmliche Mediennutzung substituieren und dabei insbesondere eine „Entpolitisierung“ zur Folge haben (vgl. Kiefer 1989). Die Substitutionserwartung bildet eine Säule der Tradition, in der die Abkehrhypothese steht. Die zweite Säule bildet die „Video-Malaise-Hypothese“ (Robinson 1976); sie hat im Hinblick auf das Fernsehen nachhaltige Aufmerksamkeit erhalten. Zu erwarten wäre aus dieser Sicht, dass der Siegeszug des Internets zu einer weiteren Erosion der Grundfesten der bürgerlichen Gemeinschaft beiträgt. Bislang wird dies nur vereinzelt mit Blick auf das Internet vertreten (Putnam 2000; Stoll 1995), es gibt aber keine belastbaren Forschungsergebnisse.⁶

Sehr viel plausibler als die Abkehrthese klingt die Nullhypothese: Das Internet habe keinerlei Einfluss auf politische Aktivitäten der Bürger. Dieser *Indifferenzhypothese* zufolge bleibt auf der Mikroebene nach der Durchsetzung des Internets alles weitgehend so, wie es zuvor war (vgl. z.B. Jarren 1998; Klingemann/Voltmer 1989: 237).

Mobilisierungs- und Abkehrthese sind Vermutungen über *generelle* Wirkungen, mit der Indifferenzthese wird deren Ausbleiben vermutet. Bei allen diesen Thesen interessiert nicht die soziale Verteilung der Zu- oder Abnahme der politischen Aktivität. Genau dieser Aspekt steht im Zentrum einer weiteren Hypothese, die unter dem Begriff *„Digital Divide“* erheblichen politischen Einfluss gewonnen hat (Bonfadelli 2002; Brown/Barram/Irving 1995; Norris 2001). Dabei wird davon ausgegangen, dass die Internetnutzung nicht zu einer generellen Zu- oder Abwendung von Politik führe, sondern sozial unterschiedlich wirke. Bei Zugang und Nutzung komme es zu sozialer Selektivität – mit erheblichen politischen Folgen. Es wird im Lichte dieser Hypothese untersucht, ob diejenigen Gruppen, die auch jetzt schon politisch den Ton angeben, das Netz besser für ihre politischen Zwecke nutzen und damit ihren Einfluss vergrößern können. Dadurch, dass das Netz die Einen mobilisiere, vergrößere sich der Abstand zu den Anderen. Damit drohe eine „Zwei-Drittel-Bürgerschaft“: Sollte die Internet-Diffusion sich tatsächlich in den nächsten Jahren wesentlich verlangsamen, würde ein Drittel der Bürger an den veränderten Bedingungen für politische Kommunikation nicht oder nur mit großer Verzögerung teilhaben.⁷

Damit ist das Spektrum der möglichen Richtungen einer politischen Veränderung durch das Internet auf der Mikroebene aufgespannt (vgl. Abbildung 1).

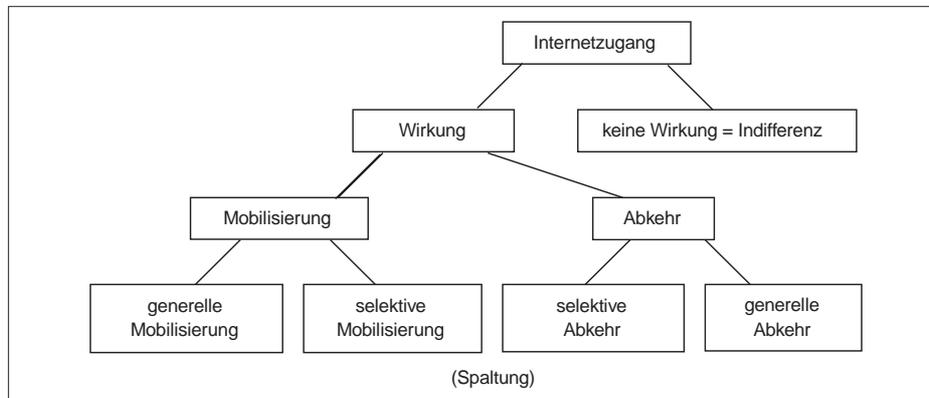
Unter *„Mobilisierung“* wird im Folgenden eine durch das Internet hervorgerufene *Zunahme* der politischen Aktivitäten von Bürgern verstanden. Eine Zunahme ist dann gegeben, wenn am Ende eines bestimmten Untersuchungszeitraums in Folge der Internetnutzung *entweder* eine größere Anzahl von Bürgern als zu Beginn politisch aktiv ist *oder* wenn eine gleichbleibende Anzahl von Bürgern ihre politischen Aktivitäten ver-

Oder es ergeben sich schlicht Verschiebungen im Zeitbudget: Je mehr jemand im Netz surft, desto weniger liest er den Lokalteil der Tageszeitung.

6 Vgl. Wolling (1999). Empirische Hinweise für eine generelle Veränderung sozialer Beziehungen infolge des Internets finden sich bei Nie/Erbring (2000).

7 Auch dies hat wissenschaftliche Tradition, und zwar in der Wissensklufthypothese (Bonfadelli 1994; Donohew/Tipton 1973; Wirth 1997).

Abbildung 1: Spektrum der möglichen Hypothesen



stärkt hat.⁸ Lässt sich einer dieser Fälle oder lassen sich beide nachweisen, wäre die Mobilisierungsthese bestätigt.

Dementsprechend wird unter „*Abkehr*“ eine durch das Internet hervorgerufene *Abnahme* der politischen Aktivitäten in einem bestimmten Zeitraum verstanden, und dies analog zur Zunahme in der einen oder in der anderen Variante. Wenn am Ende des Zeitraums eine geringere Anzahl von Bürgern als zu Beginn politisch aktiv ist *oder* eine gleichbleibende Anzahl ihre politischen Aktivitäten verringert hat, wäre die Abkehrthese bestätigt.

Von einer „*Spaltung*“ könnte dann gesprochen werden, wenn die sozialen Gruppen mit unterschiedlichen soziodemographischen und/oder Einstellungsmerkmalen sich in ihren politischen Aktivitäten am Ende des Untersuchungszeitraums stärker unterscheiden als zu Beginn. Auch dies kann gemessen werden an der Anzahl der politisch Aktiven oder an der Stärke ihrer politischen Aktivitäten.⁹

„*Indifferenz*“ schließlich wäre dann gegeben, wenn weder eine generelle noch eine selektive Zu- oder Abnahme der politischen Kommunikationsaktivitäten festzustellen ist, die auf das Internet zurückgeführt werden kann.

Unser Beitrag wird sich auf die Klärung der Frage konzentrieren, ob die Internetnutzung bei den Bürgern *entweder* eine Wirkung in Form einer Mobilisierung bzw. einer Abkehr zur Folge hat *oder* ob die Internetnutzung gegenüber den politischen Aktivitäten indifferent bleibt. Anders formuliert: Lässt sich die Internetnutzung auch dann als Ursache für Veränderungen in den politischen Aktivitäten identifizieren, wenn man alternative Erklärungsfaktoren kontrolliert? Die Spaltungsthese kann im Rahmen dieses

⁸ Zur Operationalisierung dieser Konstrukte siehe 2.2.

⁹ Dabei lassen sich verschiedene Varianten unterscheiden: Entweder ergibt sich die Verstärkung der sozialen Unterschiede durch eine selektive Mobilisierung oder durch eine selektive Abkehr von Internet-Nutzern, während die Aktivitäten der Nicht-Nutzer unverändert bleiben. Denkbar wäre ebenso eine Abkehr in einer und eine Mobilisierung in einer anderen Gruppe oder eine in verschiedenen Gruppen der Internetnutzer unterschiedlich starke generelle Mobilisierung oder Abkehr.

Beitrags nicht geprüft werden. Dies muss zukünftigen Auswertungen vorbehalten bleiben.¹⁰

2. Zur Methode der Untersuchung

Die Breite der zu prüfenden Hypothesen macht deutlich, dass mit dieser Untersuchung kein expliziter Theorietest durchgeführt werden soll. Es wird also nicht eine oder mehrere der oben angeführten Theorien auf die Verbreitung des Internets angewendet und deren Erklärungskraft getestet. Vielmehr wollen wir die gesamte, bisher durch empirische Befunde noch kaum eingeschränkte Breite möglicher Entwicklungen im Blick behalten und deshalb ein im Prinzip induktives, wenn auch durch Hypothesen geleitetes Vorgehen anwenden. Am Ende soll dies zu Aussagen darüber führen, welche Ansätze sich bevorzugt für Theorietests eignen.

Eine systematische empirische Prüfung der Hypothesen ist erst seit kurzem möglich, da die Verbreitung des Internets nun einen Stand erreicht hat, bei dem hinreichend große Gruppen von Internetnutzern und Nicht-Nutzern miteinander verglichen werden können.¹¹ Denn entsprechend der Diffusionstheorie (Rogers 1995; Scherer/Berens 1998) durchläuft die Durchsetzung des Internets gerade die Phase der „Late Majority“ (vgl. Eimeren/Gerhard/Frees 2001: 384). Bei den Personen, die derzeit „ins Internet gehen“, handelt es sich sozialstrukturell nicht mehr um technikaffine Spezialpopulationen („Early Adopters“), sondern um breite Bevölkerungsgruppen, deren Untersuchung gut verallgemeinerbare Aussagen ermöglicht. Eine Finanzierung durch die DFG erlaubte uns, mit einer repräsentativen Befragung im Panel-Design diese Möglichkeit wahrzunehmen.

2.1 Soziale Struktur der Untersuchung: Stichprobe

Der Untersuchung liegt die telefonische Befragung einer Zufallsstichprobe von 1219 Personen in der ersten Welle zu Grunde, die sich je zur Hälfte aus den Städten Kassel und Erfurt rekrutierten.¹² In der zweiten Welle waren davon noch 62 Prozent erreichbar und teilnahmebereit.¹³ Die Stichprobe ist repräsentativ für die deutschsprachige

10 Dies erfordert, alle im Folgenden präsentierten generellen Befunde zusätzlich nach den verschiedenen soziodemographischen Variablen zu differenzieren. Dies würde den Rahmen eines Aufsatzes sprengen, so dass wir darauf nur im Ausblick eingehen können.

11 Empirie fand in der Frühphase des Internets weitgehend in Form von Fallstudien statt, z.B. zum Internet Einsatz durch politische Akteure (Bieber 1999; Müller 1998) oder auf Sekundäranalysen von allgemeinen Online-Nutzungsdaten (z.B. Hagen/Kamps 1999). Die Surveys zur Online-Nutzung (Eimeren/Gerhard/Frees 2002; GfK 2002) streifen den politischen Aspekt aber nur.

12 Es handelte sich dabei um eine mehrstufige Zufallsauswahl auf Basis einer ZUMA-Telefonstichprobe (haushaltsinterne Auswahl mit „lastbirthday“). Die Auswahl der Städte erfolgte in erster Linie aus forschungsökonomischen Gründen (Nähe zum Untersuchungsstandort Ilmenau). Der durch die Auswahl mögliche Ost-West-Vergleich diente in erster Linie Kontrollzwecken, erwies sich aber mit wenigen Ausnahmen als nicht prognosefähig für politische Kommunikation.

13 Die Ausschöpfungsquote betrug in der ersten Welle 43 Prozent. Die Panelmortalität von

Wohnbevölkerung in Kassel und Erfurt, die Ergebnisse können deshalb nur mit Einschränkungen auf die Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland bezogen werden. Es handelt sich jedoch mit je ca. 200.000 Einwohnern um durchaus „normale“ deutsche Großstädte; nichts spricht dafür, dass es sich um spezielle Fälle handelt, bei denen eine Verallgemeinerung der Befunde zumindest auf die deutsche Großstadtbevölkerung ausgeschlossen wäre.¹⁴

2.2 Zur sachlichen Struktur der Untersuchung: Variablenmodell und Operationalisierung

Als Grundlage dient ein Modell, in dem ausgewählte Variablen in einen Kausalzusammenhang gebracht werden. Die erste Annahme in diesem Modell ist, dass die Erweiterung des Medienspektrums durch das Internet die Ursache einer politischen Veränderung darstellt – von Mobilisierung oder Abkehr. In der Debatte um das Internet finden sich unterschiedliche Vermutungen, *was* beim Internet politisch wirkt: der bloße Zugang zum Internet, die verschiedenen Möglichkeiten des Zugangs, die Nutzung bestimmter Dienste, der Inhalt bestimmter Angebote u.a.m. Wir haben uns dafür entschieden, als *unabhängige Variable* einen *nutzungsdefinierten Zugang* zum Internet zu bestimmen. Es geht beim Internetzugang also nicht um die politischen Auswirkungen bestimmter Inhalte von Online-Angeboten. Es soll vielmehr empirisch geprüft werden, ob sich die politische Kommunikation der Bürger bereits dann verändert, wenn sich das individuelle kommunikative Repertoire durch den Internetzugang erweitert.¹⁵ Die Variable „Internetzugang“ ist dabei nicht durch die bloße technische Möglichkeit definiert, sondern über ein bestimmtes Maß an tatsächlicher Nutzung: Es wurden 30 Minuten Nutzungszeit pro Woche und Person als Mindestmaß angesetzt, um als Nutzer erfasst zu werden.¹⁶

Die zweite Annahme im Modell ist, dass der Internetzugang ein breites Spektrum von politischen Aktivitäten beim Bürger berührt. Gemeinhin wird in der Medienwirkungsforschung die politische Wirkung von Medien an politischem Wissen, politischen Einstellungen oder der Wahlbeteiligung geprüft (Marr 2002). Dies trifft aber alles nicht den Kern der Mobilisierungs- und der anderen Hypothesen; um sie zu prüfen, ist es erforderlich, als *abhängige Variable* ein möglichst breites Repertoire an *partizipativen Aktivitäten* zu differenzieren. Alle diese Aktivitäten können als kommunikati-

37 Prozent in der zweiten Welle bewegt sich im Rahmen des Erwartbaren (vgl. Schnell/Hill/Esser 1995: 229–230). Dadurch traten keine nennenswerten Verzerrungen in der soziodemographischen Struktur der Stichprobe auf. Der Kohorteneffekt, also die Alterung der gesamten Stichprobe um ein Jahr, ist in dem Zwei-Wellen-Design mit dem Abstand eines Jahres noch zu vernachlässigen. Insgesamt 86 Personen (11,4 Prozent) hatten zwischen den beiden Befragungen einen Internetzugang bekommen und bilden damit die Treatmentgruppe.

14 Longchamp (1999) ermittelt nur geringe Unterschiede in der politischen Netznutzung zwischen Stadt und Land in der Schweiz; ebenso Brown/Barram/Irving (1995) für die USA.

15 Die Frage, welche Variablen wiederum erklären könnten, ob jemand über einen Internetzugang verfügt oder nicht, ist nicht Gegenstand dieser Untersuchung.

16 Diese Definition von „Internetnutzer“ hat sich mittlerweile durchgesetzt (vgl. Eimeren/Gerhard/Frees 2001; GfK 2001). Die nutzungsdefinierte Bestimmung von Internetzugang macht deutlich, dass wir keinen technikdeterministischen Ansatz verfolgen (vgl. Zittel 2001). Wir fragen nach den politischen Folgen der *Aneignung* des Internets durch die Individuen.

ve Handlungen aufgefasst werden – von der Nutzung des politischen Teils der Tageszeitung und politischen Gesprächen bis zum Besuch von Versammlungen und zur Teilnahme an Demonstrationen.

Wir fragen also danach, ob diejenigen, die über einen Internetzugang verfügen, politisch anders kommunizieren als diejenigen, die darüber nicht oder noch nicht verfügen. Es geht uns nicht um die Veränderung des politischen Wissens oder der politischen Einstellungen, sondern um Art und Umfang des individuellen politischen kommunikativen Handelns oder – anders formuliert – der partizipativen Kommunikation. Diese Variable wurde nach der Kommunikationsform und dem Kommunikationsmedium differenziert.

Abbildung 2: Differenzierung partizipativer Kommunikation

| <i>Kommunikationsmedien</i> <i>Kommunikationsformen</i> | Herkömmliche Medien | Online-Medien |
|--|---|---|
| Rezeptive politische Kommunikation | z.B. Nutzung von Fernsehnachrichten | z.B. Online-Anforderung von Info-Material |
| Interpersonale politische Kommunikation | z.B. politische Gespräche am Arbeitsplatz | z.B. E-Mails an Politiker |
| Expressive öffentliche politische Kommunikation | z.B. Teilnahme an Demonstrationen | z.B. Einträge in Foren/ Newsgroups |

In Anlehnung an Bordewijk/Kaam (1986) werden drei Gruppen von *Kommunikationsformen* gebildet: sich in rezeptiver Weise politisch informieren, mit anderen Personen über Politik sprechen¹⁷ und seine Meinung öffentlich zum Ausdruck bringen. Alle diese Aktivitäten werden im Folgenden als spezifische Formen *partizipativer Kommunikation im weiteren Sinne* verstanden. Darunter fallen Aktivitäten, die in der klassischen Partizipationsforschung unter „Partizipation“ im engeren Sinne gefasst werden, nämlich Handlungen des einzelnen Bürgers mit dem Ziel, kollektiv bindende Entscheidungen in seinem Interesse zu beeinflussen (vgl. Alemann 1975; Kaase 1975; Verba/Nie 1972). Unter partizipativer Kommunikation werden von uns aber auch weitere Formen individueller politischer Kommunikation gefasst, nämlich rezeptive politische Kommunikation und interpersonale Kommunikation über politische Themen.¹⁸ Alle diese einzel-

17 Eine besondere Rolle nehmen dabei direkte Kontakte mit Politikern ein: Sofern es sich nicht um unspezifische Kontakte zu Organisationen handelt, sondern um eine individualisierte, an eine bestimmte Person aus der Politik gerichtete Kommunikation per E-Mail oder in einem Chat, wurde dies der Sphäre der *interpersonalen* Kommunikation zugeschlagen. Diese Eingruppierung wird sich dann als relevant erweisen, wenn erklärt werden soll, warum der Internetzugang bei einigen Aktivitäten Veränderungen bewirkt, bei anderen nicht (s.u. 3.2).

18 Diese Kommunikationsformen werden von verschiedenen Autoren ebenfalls als basale Formen der Partizipation definiert (vgl. Brettschneider 1997; Gabriel 1997; „spectator activities“ nach Milbrath 1965: 18)

nen Kommunikationsformen wurden über die üblichen Skalen der Kommunikations- und Partizipationsforschung abgefragt.¹⁹

Zum anderen wurden diese Aktivitäten nach dem *Kommunikationsmedium* differenziert: Dabei wurde grob unterschieden zwischen internetgestützter Kommunikation und herkömmlicher Kommunikation. Letztere wurde negativ definiert, d.h. darunter wurde die gesamte Kommunikation zusammengefasst, die sich nicht über das Internet vermittelt – vom Gespräch unter Anwesenden bis zur Zeitungslektüre.

Da als die unabhängige Variable ein nutzungsdefinierter Zugang zum Internet ohne Bezug auf politische Nutzung und als die abhängige Variable die spezifisch politischen Kommunikationsaktivitäten innerhalb und außerhalb des Netzes gewählt wurde, sind abhängige und unabhängige Variablen trennscharf definiert. Dadurch werden tautologische Erklärungen vermieden, bei denen z.B. ein Anstieg der individuellen politischen Kommunikation auf einen Anstieg der individuellen Internetnutzung mit politischem Bezug zurückgeführt wird.

Als *Kontrollvariablen* wurde außer den soziodemographischen Merkmalen der Befragten ein breites Spektrum an Restriktionen und Einstellungen erfasst. Bei den *Einstellungen* wurden vor allem das politische Interesse, die Kommunikationsmotive und generelle Wertorientierungen erfragt. Sie fungieren hier als Kontrollvariablen – nicht als abhängige Variablen. Bei den *Restriktionen* handelt es sich um von den Befragten subjektiv wahrgenommene Rahmenbedingungen, die das kommunikative Handeln beschränken können, etwa die Kostenbelastung oder die Internetkompetenz.

2.3 Zeitliche Struktur der Untersuchung: Paneldesign der Befragung

Unserer Untersuchung liegt eine Befragung in zwei Wellen zugrunde (Januar/Februar der Jahre 2001 und 2002). Die *gleichen* Befragten wurden zweimal befragt; auf diese Weise kann ermittelt werden, ob eine zwischenzeitlich eingetretene Veränderung der Bedingungen *individuell* bestimmte Auswirkungen zeitigte. Von besonderer Bedeutung ist die Gruppe der „*Einsteiger*“, die beim ersten Messzeitpunkt noch nicht über einen Internetzugang verfügte, dann beim zweiten bereits mehr oder weniger große Internet-erfahrung besaß. Dadurch, dass bei dieser Teilgruppe individuell das politische Handeln vor und nach dem Zugang zum Internet gemessen werden konnte, bekommt die Untersuchung den Charakter eines Feldexperiments, das die Prüfung von Kausalhypothesen erlaubt.²⁰ Bei dieser Gruppe müsste sich zeigen, ob und wie die individuelle politische Kommunikation sich verändert, wenn der Internetzugang möglich ist.²¹ Dabei

19 Die Operationalisierungen der Variablen sind unter <http://www-ifmk.tu-ilmenau.de/pwm/fragebogen02.pdf> einsehbar.

20 Wenn der Stimulus – hier der Internet-Zugang – dabei nicht von den Forschern gesetzt wird, sondern dies der Entscheidung der Probanden obliegt, handelt es sich um ein Quasi-Experiment (vgl. Noelle-Neumann/Petersen 1996: 485–487; Schnell/Hill/Esler 1995: 219). Für die Einführung des Kabelfernsehens hat es vergleichbare Studien gegeben (Kaase/Kutteroff/Pfetsch 1988; Voltmer/Klingemann/Oswald/Süß 1993).

21 Anhand der „*Erfahrenen*“, also derjenigen, die bereits zum ersten Zeitpunkt über einen Internetzugang verfügten, lässt sich im Übrigen prüfen, ob die Verhaltensweisen stabil sind oder ob sie sich im Zuge der Gewöhnung an den Internetzugang verändert haben (s.u.). Die sehr kleine Gruppe der „*Aussteiger*“ wird im Rahmen unserer Fragestellung nicht weiter analysiert.

interessiert uns nicht die absolute Veränderung in dieser Gruppe von der ersten zur zweiten Messung, denn mögliche Änderungen könnten ja durch exogene Faktoren beeinflusst sein, etwa durch eine Wahl oder politische Krisen. Als Testgröße dient im Folgenden vielmehr die *relative* Veränderung im Gruppenvergleich, also der Unterschied zwischen den Veränderungen bei den Einsteigern und den Veränderungen bei einer Kontrollgruppe, und zwar die Veränderungen von der ersten zur zweiten Messung. Als Kontrollgruppe dient die Gruppe der dauerhaften „Nicht-Nutzer“ – diejenigen, die weder zum ersten noch zum zweiten Zeitpunkt über einen Internetzugang verfügten: Veränderungen zwischen den zwei Messzeitpunkten, die auf generelle politische Entwicklungen und Ereignisse zurückzuführen sind, lassen sich im Vergleich zu dieser Gruppe kontrollieren.

Es ist also zu prüfen, ob die vergleichbaren Deltas (das Ausmaß der Veränderung zwischen den Zeitpunkten) sich *zwischen* den Gruppen unterscheiden. Der Unterschied zwischen Einsteigern und Nicht-Nutzern kann sowohl positiv als auch negativ sein und dies unabhängig davon, ob das Ausmaß der politischen Kommunikation zwischen erster und zweiter Welle absolut zu- oder abgenommen hat.

3. Ergebnisse

Die Präsentation der Ergebnisse erfolgt in drei Schritten. Zunächst geht es darum, ob sich eine Verringerung der herkömmlichen politischen Kommunikation durch den Internetzugang ergibt. Dies wäre eine Bestätigung der *Abkehrthese* (3.1). Dann wird geprüft, ob alles so bleibt, wie es ist. Dies wäre eine Bestätigung der *Indifferenzthese* (3.2). Oder zeigt sich eine Zunahme der politischen Kommunikation, die nachweislich auf den Internetzugang zurückzuführen ist? Dies wäre eine Bestätigung der *Mobilisierungsthese* (3.3).

3.1 Prüfung der Abkehrhypothese: Verringert sich die herkömmliche partizipative Kommunikation?

Folgt man der Abkehrthese, so ist zu vermuten, dass sich bei den Einsteigern der Internetzugang mit einer Abnahme ihrer *herkömmlichen* politischen Aktivitäten verbindet, die auch durch möglicherweise hinzutretende politische Online-Aktivitäten nicht kompensiert wird.

Betrachtet man die für unsere Analyse relevante Testgröße, also die (gruppen-)relative Veränderung von Einsteiger- und Kontrollgruppe, so bestätigt sich die Vermutung einer Verringerung nicht.²² Die linke Spalte in Tabelle 1 zeigt, wie sich die *Anzahl der jeweils Aktiven* in der Gruppe der Einsteiger im Gegensatz zur Gruppe der Nicht-Nutzer verändert hat: Es zeigen sich weitgehend nur marginale, nicht-signifikante Unter-

²² Es gibt deutliche Veränderungen im Umfang der von uns untersuchten Aktivitäten im Zeitverlauf, die in der Tabelle jedoch nicht ausgewiesen werden, da wir uns nur für die relative Veränderung der Aktivitäten der Einsteiger im Vergleich zu den Nicht-Nutzern interessieren. Die Einsteiger sind außerdem grundsätzlich aktiver als die Kontrollgruppe der Nicht-Nutzer, unabhängig von der Entwicklung über die Zeit.

Table 1: Veränderung herkömmlicher politischer Aktivitäten von der ersten zur zweiten Welle bei Einsteigern und Nicht-Nutzern im Vergleich

| Herkömmliche Aktivitäten | Δ Einsteiger vs. Nicht-Nutzer bei Anzahl der aktiven Personen | | Δ Einsteiger vs. Nicht-Nutzer bei Häufigkeit der Aktivitäten | |
|--|--|----------------|---|------------------|
| | dAM ^a | p ^b | dAM ^a | p |
| <i>Rezeptive politische Kommunikation:</i> | | | | |
| Nutzung Fernsehnachrichten | -0,05 | .34 | 0,15 | .04 ^c |
| Tageszeitungsnutzung | -0,02 | .71 | -0,03 | .92 |
| Nutzung politischer TV-Magazine | 0,06 | .33 | 0,13 | .20 ^c |
| <i>Interpersonale politische Kommunikation:</i> | | | | |
| Kontaktaufnahme mit Politikern | 0,11 | .03 | -1,61 | .01 |
| Gespräche über Politik | 0,06 | .12 | -0,09 | .41 ^c |
| <i>Expressive öff. politische Kommunikation:</i> | | | | |
| Demonstrationsteilnahme | -0,05 | .20 | 0,03 | .99 |
| Versammlungsteilnahme | 0,02 | .81 | -0,32 | .36 |
| Wortmeldung auf Versammlung | 0,03 | .57 | -0,62 | .03 |
| Behördenkontakte | 0,01 | .89 | 1,03 | .00 |
| Schreiben von Leserbriefen | 0,04 | .26 | -0,15 | .26 |
| Unterschriftensammlung | 0,12 | .05 | 0,03 | .82 |

Einsteiger: N = 86; Nicht-Nutzer: N = 374.

dAM: Unterschied der arithmetischen Mittel der Veränderung in den beiden Gruppen.

^a Zur besseren Übersichtlichkeit werden überall – auch bei den ordinalskalierten Variablen – die Veränderungen über Mittelwertunterschiede angegeben, die Signifikanzen wurden jedoch jeweils mit den Verfahren berechnet, die dem Skalenniveau entsprechen.

^b U-Test nach Mann-Whitney.

^c Bei ordinalskalierten Variablen U-Test nach Mann-Whitney, sonst t-Test für unabhängige Stichproben.

Signifikante Veränderungen hervorgehoben.

Anzahl der aktiven Personen: dichotome ja/nein-Codierung aller Variablen (bei Fernsehnachrichten: „tägliche Nutzung ja/nein“, bei Nutzung politischer TV-Magazine: „mindestens mehrmals monatlich“), die Veränderung 1. vs. 2. Welle wurde durch Subtraktion der Antworten der 1. von den Antworten der 2. Welle ermittelt; der Mittelwert aus den so entstandenen Werten -1, 0, 1 bilden die Basis für den in der Tabelle ausgewiesenen Vergleich und dienen der Standardisierung der Unterschiede für den Vergleich der verschiedenen großen Untersuchungsgruppen.

Häufigkeit der Aktivitäten: Mittelwerte der Unterschiede von der ersten zur zweiten Welle im Vergleich der beiden Gruppen; die Häufigkeiten sind ordinalskaliert (Nutzung Fernsehnachrichten, politische TV-Magazine, Gespräche über Politik) bzw. intervallskaliert.

Ein Lesebeispiel: Die Anzahl der Einsteiger, die auf herkömmlichem Wege Politiker kontaktiert haben, hat zur 2. Welle im Vergleich zu den Nicht-Nutzern zugenommen (der angegebene Wert kann als prozentualer Unterschied der Veränderung interpretiert werden). Die Häufigkeit der Politikerkontakte der Einsteiger war im Vergleich zu den dauerhaften Nicht-Nutzern bei der 2. Welle im Durchschnitt um 1,6 Kontakte geringer als noch bei der ersten Welle.

schiede; bei zwei Aktivitäten lässt sich, entgegen der Annahme der Abkehrthese, ein leichter Anstieg in der Zahl der Aktiven erkennen.

Bei der Intensität, also der jeweils angegebenen *Häufigkeit der ausgeübten Aktivitäten* zeigt sich ein etwas anderes Bild: Zwar sehen wir auch hier bei zwei Drittel der

Aktivitäten nur nicht-signifikante Veränderungen und einen leichten Anstieg der Aktivität bei zwei Formen partizipativer Kommunikation; aber bei der persönlichen Kontaktaufnahme mit Politikern und bei dem aktiven Auftreten auf politischen Versammlungen ist der Saldo der Veränderungen negativ zu Lasten der Einsteiger. Bei diesen herkömmlichen Aktivitäten ist das Engagement der Einsteiger also im Vergleich zu den Nicht-Nutzern zurückgegangen.

Man kann *resümierend* feststellen: Insgesamt nimmt die Basis der herkömmlich Aktiven in Folge des Internetzugangs leicht zu, während sich bei der Intensität Rückgänge und Zuwächse die Waage halten. Ein neu geschaffener Internetzugang geht somit *nicht* mit einer generellen Abnahme herkömmlicher politischer Kommunikationsaktivitäten einher. Damit hat sich die generelle Abkehrthese nicht bestätigen lassen. Die Prüfung, inwieweit und weshalb es in ganz bestimmten Aktivitätsbereichen dennoch zu auch negativen Verschiebungen kommt, muss weiteren Untersuchungen vorbehalten bleiben.

3.2 Prüfung der Indifferenzhypothese: Verändert sich die partizipative Kommunikation insgesamt?

Es hat sich also gezeigt, dass der Internetzugang keinen eindeutigen, gerichteten Einfluss auf die *herkömmliche* individuelle politische Kommunikation ausübt. Dies wird durch andere empirische Belege gestützt (Marr 2002; Weaver/Drew 2001). Dann liegt die Annahme nahe, dass die individuelle politische Kommunikation *insgesamt* – also in der herkömmlichen und in der internetgestützten Variante – vom Internetzugang unberührt bleibt. Es dürften politische Internetaktivitäten nur in einem solchen Maße hinzutreten, wie die leichten Rückgänge und Zunahmen bei der herkömmlichen Kommunikation dadurch ausgeglichen würden. Dies wäre eine Bestätigung der Indifferenzthese: Alles bleibt im Großen und Ganzen, wie es ist. Ausgehend von den Ergebnissen aus Tabelle 1 dürften sich also nur im Bereich „Kontakte mit Politikern“ nennenswerte Online-Aktivitäten zeigen, wenn sich die Indifferenzthese bestätigen soll.

Die bei der Gruppe der Einsteiger hinzutretenden Online-Aktivitäten bestätigen die Hypothese in dieser Form jedoch nicht. Bei den im herkömmlichen Bereich (Tabelle 1) leicht rückläufigen Häufigkeiten von Politikerkontakten und öffentlichen Meinungsäußerungen zeigen sich zwar tatsächlich Substitutionseffekte (siehe etwa die starke Aktivität „Online-Leserbriefe/Foreneinträge“). Die bei den Einsteigern beobachteten Online-Aktivitäten gehen jedoch deutlich über eine reine Substitution hinaus, insbesondere bei der Informationsbeschaffung und -rezeption und in der interpersonalen Kommunikation über politische Themen.²³

Dies ist ein erstes Indiz dafür, dass sich bei der Gruppe der Einsteiger eine Mobilisierung beobachten lässt. Ein klareres Bild ergibt sich, wenn die über verschiedene me-

²³ Man könnte vermuten, dass es sich bei den Online-Aktivitäten um ein Erprobungsverhalten handelt, das im Laufe der Zeit wieder zurückgeht. Wir haben die Dauer der Online-Erfahrung (in Monaten) mit der Ausübung verschiedener Online-Aktivitäten in Beziehung gesetzt. Das Ergebnis widerlegt die Vermutung: Die Korrelationskoeffizienten sind bis auf zwei Ausnahmen (ohne Zusammenhang) signifikant positiv. Das bedeutet: Je mehr Monate jemand im Netz verbracht hat, desto aktiver ist er im Hinblick auf die von uns erfassten Online-Tätigkeiten.

Tabelle 2: Online-Aktivitäten der Einsteiger zum Zeitpunkt der 2. Welle (N=86)

| Online-Aktivitäten | Anteil Aktive | | Häufigkeit ^a |
|--|---------------|------|-------------------------|
| | N | % | AM |
| <i>Rezeptive politische Kommunikation:</i> | | | |
| Politische Informationen im Internet ^b | 8 | 9,3 | 1,48 |
| Online-Anforderung von Infomaterial | 25 | 29,1 | 1,88 |
| Nutzung v. Politiker-Homepages | 17 | 19,8 | n.a. |
| <i>Interpersonale politische Kommunikation:</i> | | | |
| Online-Kontakte mit Politikern | 1 | 1,2 | 50 |
| Online-Gespräche über Politik ^c | 17 | 19,8 | 1,41 |
| <i>Expressive öffentlich-politische Kommunikation:</i> | | | |
| Online-Leserbriefe/Foreneinträge | 8 | 9,3 | 8,75 |
| Mailingaktionen | 3 | 3,5 | 1,33 |
| Politische Homepage/Banner | 0 | – | n.a. |

AM: Arithmetisches Mittel.

n.a.: Häufigkeiten/Intensitäten wurden nicht abgefragt.

^a bezogen auf die jeweils aktiven Einsteiger; bei ordinalskalierten Variablen: Skalen-Mittelwert.

^b vierstufige Ordinalskala: täglich (4), mehrmals pro Woche (3), mehrmals pro Monat (2), seltener (1).

^c dreistufige Ordinalskala: oft (3), gelegentlich (2), selten (1).

diale Wege abgewickelten, in ihrer kommunikativen Form aber vergleichbaren politischen Kommunikationsaktivitäten zusammengefasst und auf ihre Unterschiede getestet werden.

Hier zeigen sich signifikante positive Veränderungen: Die Einsteiger unterhalten sich nach einem Jahr insgesamt deutlich öfter über politische Themen als Nicht-Nutzer. Fasst man bei den Gesprächen über Politik die herkömmlichen Gespräche und die netzgestützte interpersonale politische Kommunikation (via E-Mails, Newsgroups, Chats) zusammen, steigt das Aktivitätsniveau der Einsteiger deutlich stärker an als das der Nicht-Nutzer.

Gleiches zeigt sich bei der öffentlichen Meinungsäußerung, die herkömmlich fast nur über den klassischen Leserbrief realisierbar ist: Addiert man hier die online-gestützten Aktivitäten hinzu, wird das stärkere Engagement der Einsteiger deutlich und signifikant. Einsteiger zeigen in einem höheren Maße ihre politische Meinung als die Nicht-Nutzer.

Politisch genutzt werden von den Einsteigern also vor allem diejenigen Online-Kommunikationsmedien, die die Online-Kommunikation auch außerhalb des Politischen dominieren – also E-Mail und Chat. Diese werden offensichtlich schnell und recht unbefangen auch für die politische Kommunikation eingesetzt. Andere netzgestützte Kommunikationsformen, die als partizipative Möglichkeit in Frage kommen, wie z.B. die Nutzung einer eigenen Website zur Meinungsäußerung, spielen überhaupt keine Rolle.²⁴

²⁴ Genau zwei Befragte der gesamten Stichprobe unterhielten zum Zeitpunkt der ersten Welle eine eigene Website mit politischem Inhalt, zur zweiten Welle kein einziger mehr. Die ambitionierten Formen der politischen Netznutzung wie virtuelle Sit-ins ziehen zwar die Aufmerk-

Tabelle 3: Unterschiede in der Veränderung der Intensität vergleichbarer Offline-Online-Aktivitäten zwischen Einsteigern und Nicht-Nutzern

| Veränderung 1. vs. 2. Welle | Einsteiger | | Nicht-Nutzer | | Δ Einsteiger vs. Nicht-Nutzer | |
|--|-------------|-----|--------------|-----|---|------------|
| | dAM | p | dAM | p | dAM | p |
| Gesamtaktivitäten | | | | | | |
| Kontaktaufnahme mit Politikern gesamt | -0,73 | .50 | 0,28 | .27 | -1,01 | .17 |
| Gespräche über Politik gesamt ^a | 1,14 | .00 | 0,03 | .58 | 1,12 | .00 |
| Leserbriefe/Foreneinträge gesamt | 0,63 | .23 | -0,05 | .35 | 0,68 | .01 |
| Unterschriftensammlungen gesamt | -0,14 | .40 | -0,06 | .27 | -0,08 | .60 |

Δ Einsteiger vs. Nicht-Nutzer: Differenz der Veränderungen, die sich in den beiden Gruppen zwischen 1. und 2. Welle gezeigt haben.

dAM: Veränderung des arithmetischen Mittels.

Veränderung der Gruppen von 1. zu 2. Welle: t-Test für abhängige Stichproben.

Veränderung der Differenz: t-Test für unabhängige Stichproben.

^a Da es sich bei diesem Kriterium um eine ordinalskalierte Variable handelt, ist eine Addition von Häufigkeiten problematisch. Es müssen nicht nur gleiche Abstände zwischen den einzelnen Rangstufen vorausgesetzt werden, sondern auch, dass zwei Tätigkeiten, die man „häufig“ ausführt, doppelt soviel Zeit beanspruchen wie eine Tätigkeit, die man „häufig“ ausführt. Um dieses Problem zumindest etwas zu berücksichtigen, wurden die Online-Aktivitäten vor Addition mit der individuellen Internet-Nutzungszeit gewichtet, um der im Durchschnitt deutlich geringeren Online-Zeit gerecht zu werden, die logischerweise auch deutlich weniger Gelegenheiten zu politischen Gesprächen bietet als das soziale Offline-Alltagsleben der Befragten.

Signifikante Veränderungen sind hervorgehoben.

Die Beurteilung der Indifferenzthese fällt also differenziert aus: Manche Aktivitäten sind nur marginal davon berührt, ob das Kommunikationsrepertoire sich erweitert oder nicht. Aber bei etwa der Hälfte der untersuchten Kommunikationsformen zeigt sich eine Zunahme der Aktivität. Diese Aktivitäten schauen wir uns im nächsten Schritt genauer an, um zu prüfen, ob der Befund eine Bestätigung der Mobilisierungsthese darstellt. Denn nur, wenn sich diese Differenzen auf den Internetzugang zurückführen lassen, wäre dies eine Bestätigung der Mobilisierungsthese.

3.3 Prüfung der Mobilisierungshypothese: Lassen sich die Veränderungen auf den Internetzugang zurückführen?

In einem quasi-experimentellen Design sind nicht alle Einflussvariablen vollständig kontrollierbar. Da sich die Gruppe der Einsteiger und die Kontrollgruppe der dauerhaften Nicht-Nutzer hinsichtlich ihrer Sozialstruktur deutlich unterscheiden, könnten sich im Laufe eines Jahres neben dem Internetzugang auch andere Variablen so verändert haben, dass sie einen signifikanten Einfluss auf politisches Verhalten bekommen. Je mehr dies der Fall ist, desto schwächer wäre die Stützung der Mobilisierungsthese, denn dabei wird davon ausgegangen, dass die Veränderungen durch den Internetzugang hervorgerufen werden.

samkeit von Öffentlichkeit und Wissenschaft auf sich (vgl. Zittel 2001: 456), spielen aber keine statistisch messbare Rolle.

Table 4: Einfaktorielle Varianzanalysen zum Einfluss des Internetzugangs sowie Kontrollvariablen (Kovariaten) auf Veränderungen in der politischen Kommunikation

| AV: | TV-Nachrichten | | Wortmeldg. auf Versammlung | | Behördenkontakte | | Leserbriefe/ Foreneinträge ges. | | Gespräche über Politik ges. | |
|------------------------------------|----------------|----------|----------------------------|----------|------------------|----------|---------------------------------|----------|-----------------------------|----------|
| | P | χ^2 | P | χ^2 | P | χ^2 | P | χ^2 | P | χ^2 |
| UV: Internetzugang | .14 | .01 | .27 | .01 | .01 | .04 | .13 | .01 | .00 | .06 |
| KV: mehr Zeit für Mediennutzung | .01 | .03 | .58 | .00 | .54 | .00 | .76 | .00 | .93 | .00 |
| stärkere Einflussüberzeugung | .67 | .00 | .62 | .00 | .58 | .00 | .24 | .01 | .01 | .04 |
| stärkere Nutzenerwartung | .27 | .00 | .05 | .02 | .17 | .01 | .06 | .02 | .07 | .02 |
| stärkere polit. Komm.-Kompetenz | .85 | .00 | .02 | .03 | .48 | .00 | .62 | .00 | .06 | .02 |
| mehr Zeit für polit. Kommunikation | .94 | .00 | .89 | .00 | .40 | .00 | .97 | .00 | .01 | .03 |
| stärkere Partizipationskompetenz | .22 | .01 | .84 | .00 | .68 | .00 | .73 | .00 | .09 | .01 |
| größeres Einkommen | .01 | .03 | .55 | .00 | .88 | .00 | .15 | .01 | .00 | .05 |

χ^2 : Unterschied in der Veränderung der Variablen zwischen Einsteigern und Nicht-Nutzern.
 Die politischen Einstellungen und individuellen Restriktionen, deren Unterschiede im Zeitverlauf in diese Analyse eingingen, wurden über die dreistufige ordinalskalierte Zustimmung zu folgenden Items abgefragt: „Ich würde mehr Medien nutzen, aber mir fehlt dafür die Zeit“, „Die Politiker kümmern sich nicht viel darum, was die Leute denken“, „Politik ist mir einfach zu kompliziert, um mit anderen richtig darüber sprechen zu können“, „Ich habe einfach zu wenig Zeit, um mich öfter über Politik zu unterhalten“, „Politik ist mir einfach zu kompliziert, um selbst politisch aktiv zu werden“. Kommunikationsmotive wurden über vierstufige ordinalskalierte Antworten erhoben, eine dieser Fragen ist, trotz knapp verfehlter Signifikanzgrenze, in der Tabelle ausgewiesen: „Wie wichtig ist es für Sie, dass das, was in der Politik geschieht, für Sie ganz persönlich einen Nutzen hat?“ Das Einkommen wurde über die Rangveränderungen der jeweiligen Einkommensgruppe der Befragten von der 1. zur 2. Welle gemessen. Signifikante Veränderungen sind hervorgehoben.

Es wurde deshalb varianzanalytisch geprüft, ob die gezeigten signifikanten Gruppenunterschiede auch bei Kontrolle verschiedener diskriminierender Drittvariablen – etwa veränderter Motivstrukturen oder veränderter individueller Restriktionen – erhalten bleiben und ob dem Internetzugang ein eigenständiger Erklärungsanteil zukommt.²⁵

Tabelle 4 zeigt den Anteil der Varianzaufklärung, den verschiedene Variablen hinsichtlich der Unterschiede zwischen Einsteigern und Nicht-Nutzern bei den abhängigen Variablen haben; signifikante Effekte sind hervorgehoben. Geprüft wurden diejenigen Aktivitäten, bei denen sich signifikante Unterschiede zwischen Einsteigern und Nicht-Nutzern gezeigt hatten.

Bei zwei Aktivitäten erweist sich der Internetzugang trotz der Aufklärungsanteile anderer Kontrollvariablen als weiterhin erklärungskräftig, bei den drei anderen Aktivitäten überschreitet die Irrtumswahrscheinlichkeit allerdings das Signifikanzniveau von 5 Prozent. Bei der Aufklärung der Varianz in den Gesprächen über Politik erklären andere Faktoren in stärkerem Maße die Veränderungen, trotzdem bleibt der Beitrag des Internetzugangs signifikant.

Diese Ergebnisse sprechen gegen die Vermutung, andere Erklärungsfaktoren seien für die beobachteten Veränderungen verantwortlich. Allerdings ist zu beachten, dass die aufgeklärte Varianz durch den Internetzugang ebenso wie durch die übrigen getesteten Variablen relativ gering ist, obgleich alle in der Literatur als relevant diskutierten Faktoren in die Untersuchung einbezogen wurden. Hierzu können weitere Forschungen sicherlich noch wesentliche Beiträge leisten.²⁶

3.4 Zusammenfassung: negatives Ergebnis bei der Abkehrthese, differenziertes Ergebnis bei Indifferenz- und Mobilisierungsthese

Es findet sich keine Bestätigung der *Abkehrthese*: Der Internetzugang führt nicht dazu, dass sich die Bürger von der Politik abwenden. Es finden sich bei einem Teil der Aktivitäten Belege für die *Indifferenzthese*: Bei vielen politischen Aktivitäten spielt es keine Rolle, ob die Bürger über einen Netzzugang verfügen oder nicht. Aber es gibt einige Aktivitäten, bei denen der Netzzugang nachweislich eine Rolle spielt.

Das Internet wird von den Bürgern vor allem dort eingesetzt, wo es seine interaktiven Stärken ausspielen kann, nämlich im Bereich interpersonaler Kommunikation, während herkömmliche Formen der Partizipation weiterhin genutzt werden. Insofern hat sich bei diesen Aktivitäten die *Mobilisierungsthese* bestätigt: Ein signifikanter Anteil der Bürger nimmt häufiger an bestimmten Formen der politischen Kommunikation teil, als dies der Fall war, bevor sie Netzzugang hatten. Wir können also einen „Netzeffekt“ feststellen – eine Veränderung der individuellen politischen Kommunikation, die nachweislich auf die Aneignung des Internets zurückzuführen ist.

²⁵ Ein möglicher Einfluss anderer Variablen – politisches Interesse, Bildungsstand etc. – findet sich in dieser Analyse deshalb nicht, weil sie sich innerhalb des untersuchten Zeitraums nicht verändert haben. Diese Variablen sind durch das Experimentaldesign, bei dem die Befragten innerhalb der Gruppen konstant gehalten wurden, bereits berücksichtigt.

²⁶ Zu beachten ist bei der Gewichtung der Befunde, dass die Hypothesen einem vergleichsweise harten Test unterzogen wurden. Vor allem der Untersuchungszeitraum ist sehr kurz bemessen, betrachtet man den untersuchten Gegenstand.

4. Generalisierung der Befunde

Zweifellos behält die *politische* Kommunikation im Alltag der Bürger auch im Internetzeitalter ihren vergleichsweise geringen Stellenwert.²⁷ Das stand hier aber überhaupt nicht zur Debatte. Zu der weiterhin unverminderten herkömmlichen politischen Kommunikation treten interpersonale, aber über das Internet laufende Formen politischer Kommunikation hinzu.

Mit Hilfe der von uns vorgenommenen Differenzierung der abhängigen Variablen nach Kommunikationsformen und Kommunikationsmedien ließ sich zeigen, dass es dabei insbesondere interpersonale politische Kommunikationsaktivitäten sind, die infolge des Internetzugangs stimuliert werden. Im Internet werden bevorzugt diejenigen Formen der Kommunikation auch für politische Zwecke herangezogen, die leicht erlernbar und unkompliziert einzusetzen sind und die generell am meisten genutzt werden. In die Fülle an täglich verschickten E-Mails reihen sich so eben auch solche an Zeitungen oder eine Partei ein. Expressive öffentliche Kommunikation, auch herkömmliche, wird dagegen kaum vom Internet-Zugang beeinflusst, insbesondere Online-Aktivitäten sind in diesem Bereich kaum messbar. Tatsächlich „neue“ Formen politischer Kommunikation, die größere Kompetenz und hohen Aufwand erfordern, finden sich nicht im Repertoire des „einfachen Surfers“. Politische Online-Kommunikation folgt offenbar den vertrauten Mustern der Kommunikation.

Die Erweiterung des kommunikativen Repertoires führt insgesamt zu – wenn auch begrenzten – Veränderungen der politischen Kommunikation, und zwar nicht in der von der Abkehrthese vorausgesagten Richtung. Vor dem Hintergrund unserer theoretisch offenen Annäherung an das Phänomen kann das Feld der möglichen Erklärungsmodelle nun eingegrenzt werden: In Theorietests müssten vorrangig die Mobilisierungsansätze verfolgt werden. Der Schwerpunkt der Effekte im Bereich interaktiver und interpersonaler Kommunikation spricht hier weniger für die von der Massenkommunikationsforschung aufgedeckten inhaltlichen Wirkungen von Medienangeboten, die von einer breiten Öffentlichkeit wahrgenommen werden (Kampagnen, Suggestivität des Fernsehens). Weiter legen die Befunde eher das Modell eines „Virtuous Circle“ (Norris 2000) nahe: Das Internet wäre Teil eines komplexen Kommunikationszusammenhangs, dessen strukturelle Faktoren sich wechselseitig verstärken. Je intensiver Personen aktuelle Medienangebote nutzen, desto intensiver unterhalten sie sich auch mit anderen über Politik, desto stärker ist ihre Einflussüberzeugung, desto intensiver nehmen sie Möglichkeiten der politischen Teilhabe wahr und desto intensiver nutzen sie wiederum die aktuellen politischen Medienangebote – der klassischen und der neuen Medien.

Vorausgesetzt, diese Entwicklungen ließen sich langfristig verfolgen und es könnten weitere Variablen einbezogen werden (zu Einstellungen, Wissen, Mediennutzung), so

²⁷ In der vorliegenden Untersuchung gaben 89,5 Prozent der Online-Nutzer an, dass ihre politischen Internet-Aktivitäten weniger als 5 Prozent ihrer Online-Zeit in Anspruch nähmen (vgl. dazu auch Hagen/Mayer 1998). Auch das deutlich geringere Zeitbudget für die Internet-Nutzung im Verhältnis zur Radio- oder Fernsehnutzung bestätigt dies (Eimeren/Gerhard/Frees 2001: 390).

ließen sich die von dem „Circle“-Modell vorausgesagten Rückkopplungen auf deduktive Weise empirisch prüfen.

5. Ausblick

Es wird aber bereits jetzt deutlich, dass das Internet einen Beitrag zur „Zivilgesellschaft“ leistet – auf der Ebene des individuellen Handelns. Es trägt dazu bei, dass bürgerschaftliches Engagement für mehr Bürger bei mehr Gelegenheiten an Selbstverständlichkeit gewinnt – mit all den Licht- und Schattenseiten, die dies mit sich bringt.²⁸

Unsere Ergebnisse zeigen jedoch auch, dass die Mobilisierung sozial selektiv ausfällt. Zwar schließen die Nachzügler im Hinblick auf den Internetzugang auf und nutzen auch die Möglichkeiten der politischen Kommunikation, aber dies geschieht später, selektiver und seltener als die Vorreiter. Beim Internetzugang sind die Unterschiede in Alter und Bildung nach wie vor von Bedeutung – mit abnehmender Tendenz (Emmer/Vowe 2002). Im Hinblick auf die *Nutzung* für politische Zwecke lassen sich bei einzelnen Aktivitäten aber größer werdende Unterschiede beobachten. Dadurch stellt sich für zukünftige Studien verstärkt das klassische Problem der Partizipation, wie mit dem Widerspruch zwischen dem Postulat politischer Gleichheit und der Realität gesellschaftlicher Ungleichheit umzugehen sei.

Die vorliegende Untersuchung kann nur ein erster Schritt sein, um die Wirkung des Internets auf Politik zu prüfen und um den Erklärungsgehalt theoretischer Modelle für den Einfluss von Medien und Kommunikation auf politisches Handeln zu prüfen. Dafür ist eine methodisch vielfältige und detaillierte Betrachtung der einzelnen Kommunikationsformen nötig, die sich mit dem Internet herausgebildet haben. Auf Basis dieser Ergebnisse können dann diejenigen theoretischen Modelle systematisch geprüft werden, die wir bereits aus der Kommunikations- und der Partizipationsforschung kennen. Dabei ist insbesondere die Frage zu klären, warum eine Veränderung des kommunikativen Repertoires zu einer Veränderung der individuellen politischen Kommunikation führt und warum manche Aktivitäten nachweislich vom Internetzugang beeinflusst werden und andere nicht.

Einige Hinweise in den Daten (vgl. Tabelle 4) deuten darauf hin, dass die Erklärung für eine Verstärkung politischer Kommunikation durch Internet-Zugang in unterschiedlichen Kosten-Nutzen-Abwägungen liegen könnte. Die Kommunikationsforschung hat schon früh die instrumentelle Nutzbarkeit des Internets für alle Formen der Kommunikation thematisiert und zur Erklärung den klassischen Uses and Gratifications-Ansatz herangezogen (siehe z.B. Höfllich 1994; Scheufele 2002; Weinreich 1998; Williams/Phillips/Lum 1985). Aus politikwissenschaftlicher Perspektive fügt sich eine solche Interpretation in das Bild des (instrumentell) rationalen Bürgers, der Aufwand und Ertrag verschiedener politischer Handlungsalternativen abwägt und entsprechend auswählt (vgl. Braun 1999; Downs 1968). Der Internetzugang wäre in einem solchen rationalen Modell deshalb von Bedeutung, weil er die Kosten-Nutzen-Rela-

²⁸ Frey (2003) hat für die „Mail-Flut“ eine ökonomische Problemlösung vorgeschlagen.

tionen für politisch-kommunikative Aktivitäten verschiebt.²⁹ Vielversprechend wäre also die Anwendung eines Modells rationaler Wahl, das die Nutzung des Internets und in der Folge eine Verstärkung politischer Kommunikation durch Verschiebungen in den Kosten-Nutzen-Abwägungen der Bürger erklären kann.

Wir konnten bei verschiedenen Kommunikationsformen zeigen, welche Folgen eine Erweiterung des medialen Repertoires zeitigt. Diese Erweiterung ist mehr als ein Zuwachs an technischen Möglichkeiten; sie drückt sich in der *Aneignung* der technischen Möglichkeiten aus. Verändern sich infolge einer solchen Erweiterung die Restriktionen für Handeln, so verändert sich bei stabiler Motivlage das Handeln. Demzufolge wäre das Phänomen, dass mehr Bürger intensiver als früher über Politik kommunizieren, nicht durch eine verstärkte Sorge um unsere Welt zu erklären oder durch das gestiegene Bedürfnis, sich einzumischen, sondern durch die veränderten kommunikativen Rahmenbedingungen.

Literatur

- Alemann, Ulrich von*, 1975: Partizipation – Demokratisierung – Mitbestimmung. Opladen.
- Barnett, Steven*, 1997: New Media, Old Problems. New Technology and the Political Process, in: *European Journal of Communication* 12, 193–218.
- Bieber, Christoph*, 1999: Politische Projekte im Internet. Frankfurt a.M./New York.
- Bimber, Bruce A.*, 2000: The Study of Information Technology and Civic Engagement, in: *Political Communication* 17, 329–333.
- Bonfadelli, Heinz*, 1994: Die Wissenskluft-Perspektive: Massenmedien und gesellschaftliche Information. Konstanz.
- Bonfadelli, Heinz*, 2002: The Internet and Knowledge Gaps: A Theoretical and Empirical Investigation, in: *European Journal of Communication* 17, 65–84.
- Bordewijk, Jan L./Kaam, Ben van*, 1986: Towards a New Classification of Tele-Information Services, in: *Intermedia* 14, 16–21.
- Braun, Dietmar*, 1999: Theorien rationalen Handelns in der Politikwissenschaft. Opladen.
- Brettschneider, Frank*, 1997: Mediennutzung und interpersonale Kommunikation in Deutschland, in: *Gabriel, Oscar W.* (Hrsg.), *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland*. Opladen, 265–289.
- Brown, Ronald H./Barram, David J./Irving, Larry*, 1995: Falling Through the Net, U.S. Department of Commerce, in: <http://www.ntia.doc.gov/ntiahome/fallingthru.html> [16.06.2001].
- Deutscher Bundestag*, 1998: *Schlussbericht der Enquete-Kommission „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft“*. Bonn.
- Donohew, Lewis A./Tipton, Leonard*, 1973: A Conceptual Model of Information Seeking, Avoiding, and Processing, in: *Clarke, Peter* (Hrsg.), *New Models for Communication Research*. Beverly Hills, 243–268.
- Downs, Anthony*, 1968: *Ökonomische Theorie der Demokratie*. Tübingen.
- Eimeren, Birgit van/Gerhard, Heinz/Frees, Beate*, 2001: ARD/ZDF-Online-Studie 2001, in: *Media Perspektiven* 8, 382–397.
- Eimeren, Birgit van/Gerhard, Heinz/Frees, Beate*, 2002: ARD/ZDF-Online-Studie 2002, in: *Media Perspektiven* 8, 364–362.

²⁹ Er beeinflusst auf diese Weise die „... kurzfristige und situationsbezogene Abwägung, ob man überhaupt politisch partizipiert, welche Formen für welches Ziel eingesetzt werden, für welche Themen und politischen Akteure das Engagement sich lohnt“ (Schultze 1995: 404).

- Emmer, Martin/Vowe, Gerhard, 2002: Digital Divide: Ein Mythos auf dem Prüfstand, in: *Gellner, Winand/Strohmeier, Gerd* (Hrsg.), *Freiheit und Gemeinwohl*. Baden-Baden, 179–193.
- Falter, Jürgen, 2002: Demokratie im Internet, in: *Roters, Gunnar/Turecek, Oliver/Klingler, Walter* (Hrsg.), *Content im Internet: Trends und Perspektiven*. Baden-Baden, 19–22.
- Frey, Bruno S., 2003: Wer E-Mails versendet, soll bezahlen, in: *NZZ am Sonntag*, 23.02.2003, 18.
- Gabriel, Oscar W., 1997: Politische Einstellungen und politisches Verhalten, in: *Gabriel, Oscar W./Holtmann, Everhard* (Hrsg.), *Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland*. München/Wien, 381–497.
- GfK, 2001: GfK Online-Monitor: 7. Untersuchungswelle, GfK (Gesellschaft für Konsumforschung), in: <http://www.gfk.de> [1.08.2001].
- GfK, 2002: gfk-webgauge.com, GfK (Gesellschaft für Konsumforschung), in: http://www.gfk-webgauge.com/titlesite/index_keyresults.htm [20.01.2002].
- Gore, Al, 1994: Rede vor der World Telecommunication Development Conference, Buenos Aires, 21.03.1994, International Telecommunication Union, in: <http://www.itu.int/itudoc/itu-d/wtdc/wtdc1994/speech/gore.html> [1.06.2000].
- Grossman, Lawrence K., 1995: *The Electronic Republic*. New York.
- Hagen, Lutz M./Kamps, Klaus, 1999: Netz-Nutzer und Netz-Nutzung, in: *Kamps, Klaus* (Hrsg.), *Elektronische Demokratie? Perspektiven politischer Partizipation*. Opladen/Wiesbaden, 209–226.
- Hagen, Lutz M./Mayer, Markus, 1998: Der direkte Draht zur Politik? in: *Hagen, Lutz M.* (Hrsg.), *Online-Medien als Quellen politischer Information*. Opladen/Wiesbaden, 94–129.
- Höflich, Joachim R., 1994: Der Computer als „interaktives“ Massenmedium, in: *Publizistik* 39, 389–408.
- Holtz-Bacha, Christina, 1990: Ablenkung oder Abkehr von der Politik? Mediennutzung im Geflecht politischer Orientierungen. Opladen.
- Holtz-Bacha, Christina, 1998: Fragmentierung der Gesellschaft durch das Internet?, in: *Gellner, Winand/Korff, Fritz von* (Hrsg.), *Demokratie im Internet*. Baden-Baden, 219–226.
- Jarren, Otfried, 1998: Internet – neue Chancen für die politische Kommunikation?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 40, 13–21.
- Kaase, Max, 1975: Bedingungen unkonventionellen politischen Verhaltens in der Bundesrepublik Deutschland, in: *Kielmansegg, Peter Graf* (Hrsg.), *Legitimationsprobleme politischer Systeme*. Opladen, 179–216.
- Kaase, Max/Kutterhoff, Albrecht/Pfetsch, Barbara, 1988: Erwartungen und Reaktionen auf das Kabelfernsehen: Medienverhalten im Kabelpilotprojekt Ludwigshafen/Vorderpfalz, in: *Media Perspektiven* 5, 297–310.
- Karmack, Elaine/Nye Jr., Joseph S. (Hrsg.), 1999: *democracy.com?* Hollis, NH.
- Kiefer, Marie-Luise, 1989: Medienkomplementarität und Medienkonkurrenz, in: *Kaase, Max/Schulz, Winfried* (Hrsg.), *Massenkommunikation. Theorien, Methoden, Befunde*. Opladen, 61–72.
- Klingemann, Hans-Dieter/Voltmer, Katrin, 1989: Massenmedien als Brücke zur Welt der Politik, in: *Kaase, Max/Schulz, Winfried* (Hrsg.), *Massenkommunikation. Theorien, Methoden, Befunde*. Opladen, 221–238.
- Lazarsfeld, Paul F./Berelson, Bernhard/Gaudet, Hazel, 1944: *The People's Choice*. New York.
- Leggewie, Claus, 2000: Das globale Rathaus, in: *Der Spiegel* (39): 152–161.
- Leggewie, Claus, 2001: Parteien zu Netzwerken, in: *Bartels, Hans-Peter/Machnig, Matthias* (Hrsg.), *Der rasende Tanker*. Göttingen, 35–45.
- Longchamp, Claude, 1999: Internet als Medium der politischen Kommunikation und Mobilisierung bei Volksabstimmungen, in: *SWS-Rundschau* 39, 5–25.
- Machnig, Matthias, 2001: Vom Tanker zur Flotte. Die SPD als Volkspartei und Mitgliederpartei von morgen, in: *Bartels, Hans-Peter/Machnig, Matthias* (Hrsg.), *Der rasende Tanker*. Göttingen, 101–117.
- Marr, Mirko, 2002: Politikbindung durch Internetnutzung, Vortrag auf der SGKM Tagung Netzkommunikation. Solothurn, CH.

- Marschall, Stefan*, 1998: Wirkungen von Online-Kommunikation auf das Kommunikationsmanagement von Organisationen – am Beispiel der PR des Deutschen Bundestages, in: *Rössler, Patrick* (Hrsg.), *Online-Kommunikation. Beiträge zu Nutzung und Wirkung*. Opladen/Wiesbaden, 189–206.
- Milbrath, Lester W.*, 1965: *Political Participation*. Chicago.
- Morris, Dick*, 1999: *Vote.com*. Los Angeles.
- Müller, Christiane*, 1998: Parteien im Internet, in: *Gellner, Winand/Korff, Fritz von* (Hrsg.), *Demokratie im Internet*. Baden-Baden, 157–169.
- Nie, Norman H./Erbring, Lutz*, 2000: *Internet and Society*. Stanford: Stanford Institute for the Quantitative Study of Society, in: http://www.stanford.edu/group/siqss/Press_Release/Preliminary_Report-4-21.pdf [20.06.2000].
- Noelle-Neumann, Elisabeth*, 1974: Wahlentscheidung in der Fernsehdemokratie, in: *Just, Dieter/Romain, Lothar* (Hrsg.), *Auf der Suche nach dem mündigen Wähler. Die Wahlentscheidung 1972 und ihre Konsequenzen*. Bonn, 161–205.
- Noelle-Neumann, Elisabeth*, 1979: Massenmedien und sozialer Wandel – Methodenkombination in der Wirkungsforschung, in: *Zeitschrift für Soziologie* 8, 164–182.
- Noelle-Neumann, Elisabeth/Petersen, Thomas*, 1996: *Alle, nicht jeder*. München.
- Norris, Pippa*, 2000: *A Virtuous Circle*. Cambridge/New York/Oakleigh u.a.
- Norris, Pippa*, 2001: *Digital Divide*. Cambridge/New York/Oakleigh u.a.
- Putnam, Robert D.*, 2000: *Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community*. New York u.a.
- Rheingold, Howard*, 1994: *The Virtual Community*. New York.
- Robinson, Michael J.*, 1976: Public Affairs Television and the Growth of Political Malaise, in: *American Political Science Review* 70, 409–432.
- Rogers, Everett M.*, 1995: *The Diffusion of Innovations*, 4. Aufl. New York u.a.
- Scherer, Helmut/Berens, Harald*, 1998: Kommunikative Innovatoren oder introvertierte Technikfans? Die Nutzer von Online-Medien diffusions- und nutzentheoretisch betrachtet, in: *Hagen, Lutz M.* (Hrsg.), *Online-Medien als Quellen politischer Information*. Opladen/Wiesbaden, 54–93.
- Scheufele, Dietram A.*, 2002: Examining Differential Gains From Mass Media and Their Implications for Participatory Behavior, in: *Communication Research* 29, 46–65.
- Schnell, Rainer/Hill, Paul B./Esser, Elke*, 1995: *Methoden der empirischen Sozialforschung*. 5. Aufl. München/Wien.
- Schultze, Rainer-Olaf*, 1995: Partizipation, in: *Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf* (Hrsg.), *Lexikon der Politik. Band 1: Politische Theorien*. Frankfurt am Main, 396–406.
- Schulz, Winfried*, 1997: *Politische Kommunikation*. Opladen.
- Schulz, Winfried*, 1997b: Neue Medien – Chancen und Risiken, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 42, 3–12.
- Schulz, Winfried*, 2001: Politische Mobilisierung durch Mediennutzung?, in: *Koch, Achim/Wasmer, Martina/Schmidt, Peter* (Hrsg.), *Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland*. Wiesbaden, 169–194.
- Schwartz, Edward*, 1996: *Netactivism: How Citizens Use the Internet*. Sebastopol, CA.
- Stoll, Clifford*, 1995: *Silicon Snake Oil*. New York.
- Verba, Sidney/Nie, Norman H.*, 1972: *Participation in America*. New York.
- Virilio, Paul*, 1993: Utopie oder Telekopie? Massenkommunikationsmedien heute, in: *Süddeutsche Zeitung*, 12.10.1993, 10.
- Voltmer, Katrin/Klingemann, Hans-Dieter/Oswald, Hans/Süß, Klaus-Uwe*, 1993: *Medienumwelt im Wandel*. Wiesbaden.
- Weaver, David/Drew, Dan*, 2001: Voter Learning and Interest in the 2000 Presidential Election: Did the Media Matter?, in: *Journalism & Mass Communication Quarterly* 78, 787–798.
- Weinreich, Frank*, 1998: Nutzen- und Belohnungsstrukturen computergestützter Kommunikationsformen, in: *Publizistik* 43, 130–142.
- Wilhelm, Anthony G.*, 2000: *Democracy in the Digital Age*. London.

- Williams, Frederick/Phillips, Amy F./Lum, Patricia*, 1985: Gratifications Associated with New Communication Technologies, in: *Rosengren, Karl Erik/Wenner, Lawrence A./Palmgreen, Philip* (Hrsg.), *Media Gratifications Research. Current Perspectives*. Beverly Hills u.a., 241–252.
- Wirth, Werner*, 1997: Von der Information zum Wissen: die Rolle der Rezeption für die Entstehung von Wissensunterschieden. Opladen.
- Wolling, Jens*, 1999: Politikverdrossenheit durch Massenmedien? Der Einfluss der Medien auf die Einstellungen der Bürger zur Politik. Wiesbaden.
- Zittel, Thomas*, 2001: Elektronische Demokratie. Planskizze für eine Demokratie des 21. Jahrhunderts?, in: *Neue Politische Literatur* 46, 433–470.